



26. 06. 2018

Antisemitismusbeauftragter Ludwig Spaenle: „Wir führen ein Melderegister für Belästigung und Bedrohung jüdischer Bürger ein“ – Enge Zusammenarbeit mit Sozial- und Kultusministerium und israelitischen Kultusgemeinden – Arbeiten beginnen nun

MÜNCHEN. „Wir führen in Bayern ein niederschwelliges Melderegister für Vorfälle, in denen jüdische Bürgerinnen und Bürger gemobbt, belästigt oder gar bedroht werden, einführen.“ Dies gab heute der Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe, Dr. Ludwig Spaenle, in München bekannt. Die Arbeiten haben begonnen

Bayerns Sozialministerin Kerstin Schreyer begrüßt den Vorstoß des Antisemitismusbeauftragten: „Antisemitismus hat keinen Platz in unserer Gesellschaft. Hier müssen wir bereits frühzeitig ansetzen. Deshalb unterstützen wir schon wichtige Präventionsprojekte in Schulen, um ein klares Zeichen zu setzen. Wir werden aber auch den Aufbau eines Melderegisters finanziell unterstützen. Ich freue mich sehr, dass Bayern hier als Flächenland eine Vorreiterrolle übernimmt.“

„Nur mit einer engagierten Kultur des Hinschauens können wir der Ausgrenzung und der Aggression gegen Juden in Bayern aktiv vorbeugen und gegen deren Verfechter aktiv vorgehen. Wir dürfen die Saat antijüdischer Gesinnung, unabhängig ob sie z. B. von rechtsextremen Kräften oder Islamisten ausgehen, nicht aufgehen lassen. Wir dürfen auch vermeintlich lapidare Äußerungen nicht dulden. Wir müssen frühzeitig Pflöcke einschlagen. Es gibt für uns eine Null-Toleranz-Linie bei Antisemitismus. Eine konkrete Aufstellung von Erfahrungen Betroffener ist dabei eine gute Basis zum aktiven Handeln“, so Dr. Spaenle.

Bei der Einrichtung eines niederschweligen Meldeangebots arbeitet sein Büro eng mit dem Bayerischen Sozialministerium, dem Bayerischen Kultusministerium und den Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern zusammen. Der Bundesbeauftragte gegen Antisemitismus ist informationell eingebunden.

Aktuelle Vorfälle wie etwa die Bedrohung eines jüdischen Mädchens oder Gewalterfahrungen von Juden mitten im Straßenleben in Berlin hatten erst jüngst für Schlagzeilen gesorgt. Antisemitische Schmierereien im öffentlichen Raum auch in Bayern sind nicht neu. Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dr. Josef Schuster, wie auch deutsche Politiker hatten daraufhin mit Sorge reagiert. Die Bayerische Staatsregierung hat im Mai diesen Jahres Dr. Ludwig Spaenle zum Antisemitismusbeauftragten ernannt.

Als ein Vorbild für das bayerische Melderegister dient die Arbeit der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus RIAS, über die sich seit 2015 Betroffene und Zeugen von antisemitischen Vorfällen melden können. RIAS vermittelt auch Anlaufstellen für Hilfe.

Die organisatorische Umsetzung wird bei einem Runden Tisch besprochen werden.

Iu, weitere Informationen über Tel. 089 2186 - 2424